

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

ich darf mich als Repräsentantin einer Bürgerinitiative und Vertreterin der Anrainer in einer für uns sehr bedrohlichen Situation an Sie wenden. Nachdem wir alle unsere Kräfte im letzten Jahr gebündelt haben, um die Errichtung einer Recyclinganlage für Bauschutt in einem der letzten unberührten Täler OÖ am Rande des Nationalparks Kalkalpen - der Innerrosenau - zu verhindern macht die Behörde bzw. die Betreiberfirma Druck in der Sache.

Zum Sachverhalt:

Die Firma Schmid GmbH aus Roßleithen betreibt dort einen in den 70er Jahren illegal eröffneten und in der Folge legalisierten Schotterabbau in der Schottergrube Weissensteier, der sich trotz vielfacher Einwendungen der Anrainer immer weiter ausgeweitet und ins Land gefressen, Lärm und Staub sowie Schwerverkehr in diese Idylle gebracht hat. Mit August 2021 wurde der Antrag zur Errichtung einer gewerblichen Anlage zum Recycling von Bauschutt und anderen Materialien an diesem Standort bei der zuständigen Behörde in Kirchdorf an der Krems eingebracht (Verfahrensleiter Mag. Alexander Hamidovic).

Die Anrainer haben zahlreiche Einwendungen vorgebracht, die Bürgerinitiative hat politische Arbeit betrieben - eine ablehnende Stellungnahme der Grünen liegt auch vor (im Anhang) - trotzdem schaut es so aus als würde der Antrag positiv beschieden.

Unsere Gründe für eine Ablehnung in aller Kürze:

Die Innerrosenau ist ein Naturjuwel und noch weitgehend befreit von Verwüstungen - es ist dünn besiedelt, es gibt keinerlei Lichtverschmutzung und Zerstörungen - es ist ein Talschluss, in dem ein Güterweg am Fuße der Hallermauern endet, es handelt sich um Grünland, das einerseits landwirtschaftlich und ausschließlich sanft touristisch genutzt wird, ein beliebtes Naherholungsgebiet zum Wandern, Langlaufen und Radfahren.

Im Tal liegt das geschützte Ebenthaler Moor und OÖs größtes Wandergebiet für Kröten und Frösche, zudem finden sich Äskulapnattern und Echsen, sowie zahlreiche Wildtiere in dem Gebiet (Nachweis Monitoringbericht Land OÖ). Diese Tiere sind einerseits durch den Verkehr - derzeit gibt es keinerlei Schutzvorrichtungen bei der Krötenwanderung - aber auch durch den Lärm aus der Grube in ihrem Lebensraum bedroht. Leider hat die Naturschutzabteilung der BH KI, die pikanterweise auch für den Vollzug des Minrog und damit für die Schottergrube zuständig ist, trotz diverser Eingaben das Projekt unverständlicherweise schon durchgewunken.

Die Schottergrube befindet sich am Fuße des kleinen Warschenecks direkt am beliebten Proviantweg, ein gern begangener Wanderweg sowie eine Mountainbikeroute. Der Schotterabbau ist mit 2031 befristet und die Anrainer wurden bisher immer mit dem näherrückenden Ende des Abbaus getröstet, dieses Ende scheint nunmehr in weite Ferne zu rücken.

Mit dem geplanten Projekt wäre eine exorbitante Zunahme des Schwerverkehrs verbunden, auf einer Strecke von 15 km vom Firmenstandort bis zur Grube. Die Strecke verläuft entlang des Ortsgebietes von Windischgarsten, mitten durch den Ort Rosenau, dann hinauf Richtung Hengstpass, biegt dann in das Tal ab und verläuft auf einem einspurig ausgelegten Güterweg

ohne Schutz für Fußgänger und Radfahrer, überwindet 350 Höhenmeter auf einer Strecke um dann die Krötenroute querend Richtung Grube abzubiegen.

Rosenau hat schon einen Betrieb (Rohol), der relativ viel Verkehr verursacht, mit der geplanten Anlage kämen noch mindestens 4 000 LKW Fahrten jährlich dazu. Die geplante Anlage soll für 40.000 To Materialumschlag ausgelegt werden, jede Tonne wäre anzuliefern, zu bearbeiten und wieder abzutransportieren, dazu kämen dann noch die 20.000 To Schotter und das alles in einem abgelegenen Seitental des Hengstpasses mit seiner völligen Abgeschlossenheit und Ruhelage auf 800 Metern Seehöhe.

Wir lehnen den Standort ab. In gleicher Reichweite zum Firmensitz befindet sich die voll ausgebaute, riesige Anlage der Firma Bernegger in Spital am Phyrn, die noch zwei weitere Standorte im Bezirk betreibt - eine Anlieferung und Nutzung dieser schon bestehenden Ressourcen wäre möglich und sinnvoll, aber wahrscheinlich nicht im Interesse der Firma Schmid.

Wir alle wissen, das Recyclinggeschäft steht erst am Anfang, es wird mit Sicherheit entlang der jetzt skizzierten Linien gewaltig anwachsen und mit einem unkontrollierbaren Wachstum wäre zu rechnen, auch die Schottergrube hat sich trotz vehementer Dementis der Betreiber immer weiter ausgebreitet, die Anrainer glauben den Betreibern ihre Beschwichtigungen zurecht nicht mehr. Eine Stilllegung 2031 wie sie im Naturschutzgutachten festgeschrieben ist kann wohl leicht über die Gewerbeordnung bzw. das Gewerbeverfahren weiterhin ausgehebelt werden, so wie es bisher schon seit vielen Jahren geschieht.

Stand im Verfahren:

viele unserer Vorbringen wurden im Verfahren nicht berücksichtigt, vor allem hinsichtlich des Verkehrsaufkommens stützt sich die Behörde auf die Ansicht, dass Verkehr auf einer öffentlichen Straße nicht dem Projekt zugeordnet werden darf und daher in der Beurteilung völlig ausgeklammert bleibt - aus unserer Sicht insofern unverständlich, als in der Gegend praktisch jeder Verkehrsteilnehmer zuordenbar ist, die Steigerung des Lkw Verkehrs also ganz einfach feststellbar wäre.

Einwendungen den Natur- und Umweltschutz, die Ökologie und den Artenschutz betreffend wurden nicht ausreichend gewürdigt bzw. haben diese keine Parteienstellung im Verfahren.

Die Gemeinde Rosenau mit ihren Volksvertretern ist einfach auch zu schwach um sich gegen die Firmeninteressen zu stemmen - die Frau BGM Benedetter Maria - SPÖ - traut sich nicht ihre ablehnende Haltung zum Standort, die sie mehrfach in kleinem Rahmen geäußert hat durchzusetzen - wenngleich der Gemeinde sowieso keine Parteienstellung eingeräumt wird wäre doch die regionale Politik nicht ohne Einfluss.

In einer Online-Petition wurden über 400 Unterschriften gesammelt, aus der Rosenau haben ca. 20% der Wahlberechtigten unterschrieben, die regionale Politik hat jedoch nicht darauf reagiert, eine unseelige Allianz zwischen SPÖ und ÖVP blockiert hier die Anträge einer Bürgerliste zum Standort im Gemeinderat. Alles wie aus der Steinzeitbetonierera....

Für ein UVP Verfahren ist das Projekt zu klein.

Eine Erhebung des Volksanwaltes zu Ungereimtheiten in der jüngeren Vergangenheit in der Grube - Rodung eines nach dem Ursprungsbescheid unter Schutz gestellten Waldstreifens hin zur Straße - ist noch im Gange. Dies ist insofern von Bedeutung, als sich mit dieser Rodung die Firma die für die geplante Anlage notwendigen Flächen gesichert hat.

Bitte mischen Sie sich ein:

Ich schätze sie als mutige Verfechterin von Natur- und Umweltschutz und obwohl wir natürlich die Sinnhaftigkeit von Recyclingmaßnahmen zur besseren Nutzung von wiederverwertbaren Stoffen im Sinne der Ökologie nicht anzweifeln sehen wir doch den geplanten Anlagenstandort in diesem Naturjuwel keinesfalls als sinnvoll an. Wir denken **ein** Standort für Recycling der kleinen Region sollte doch genügen oder eine Alternative in einem bereits gewerblich genutzten Gebiet gefunden werden.

Wir halten es für antiquiert, dass dem Umweltschutz, dem Artenschutz und ökologischen Fragen einfach keine entsprechende Gewichtung in diesen Gewerbeverfahren eingeräumt wird. Wir sehen das als Verfahrensfehler genauso wie die Tatsache, dass die Firmen mit ihren Anwälten hier gewaltigen Druck machen und die Anrainer und die Bürgerinitiativen diese Möglichkeiten naturgemäß nicht aufbringen können. Gutachten von Sachverständigen einzuholen kostet einfach viel Geld und Firmen tun sich da in der Finanzierung viel leichter und können ihren Einfluss geltend zu machen. Anrainer müssen alles aus der eigenen Tasche berappen. Einschüchterungsversuche der Firma via Rechtsanwälte wie in anderen Fällen auch hat es auch in diesem Fall schon gegeben. Die Behörden verfolgen hier nur das Ziel keine formalen Fehler zu machen, ihr Handeln ist aus ihrer Sicht verständlich, es führt aber dazu, dass wie schon gesagt die wirklich wichtigen Fragen nicht im Verfahren behandelt werden.

Ständig ist in der Politik und den Medien von Umweltschutz und Ökologie, von Artenschutz und Lebensqualität die Rede und in der Wirklichkeit findet das keinen Niederschlag - unberührte Naturjuwele werden einfach dem wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer geopfert, die Anrainer werden zwar gehört, ihre Anliegen werden aber höchstens in Form von Auflagen wirksam. Es geht uns aber nicht um diese eine oder andere kleine Auflage, die sowieso nicht kontrolliert werden wird, es geht um den Erhalt und den Schutz der Region - für uns und für die Nachkommen.

Auch wenn angesichts der Themen mit denen Sie befasst sind das Anliegen recht klein erscheint ersuchen wir Sie angesichts der Dringlichkeit - die Behörde hat zahlreiche Erhebungen schon geschlossen - sich ein Bild zu machen und ihren Einfluss geltend zu machen.

Es ist höchste Zeit zu handeln und die Innerrosenau vor ihrer nachhaltigen Zerstörung - und um nichts weniger geht es hier - zu bewahren. Wir zählen auf Sie und sind jederzeit bereit weitere Informationen, Unterlagen und Dokumente vorzulegen und Sie bzw. ihre MitarbeiterInnen bei einem Lokalaugenschein vor Ort zu begrüßen.

Für die Bürgerinitiative "Die Naturlandschaft Innerrosenau muss erhalten bleiben" und die Anrainer:

Monika Pramreiter - geborene Innerrosenauerin

Untergaisbach 23, 4224 Wartberg ob der Aist

[monika.pramreiter@a1.net](mailto:monika.pramreiter@a1.net)

0664 5174830

Link zur Onlinepetition:

<https://www.openpetition.eu/at/petition/online/die-naturlandschaft-innerrosenau-muss-erhalten-bleiben>